

Auftraggeber

Stiftung SPI/INISEK-Regionalpartner Süd-Ost

Vergabeunterlagen zur Öffentlichen Ausschreibung des

INISEK-Schulprojektes: INISEK-CB-5116

Name des Schulprojektes: Erfahren, verstehen, verändern

- im INISEK-Förderbereich:
- Entwicklung der Berufswahlkompetenz
 - Praxislernen in Betrieben
 - Praxislernen in Werkstätten
 - Herausbildung und Stärkung von sozialen und personalen Schlüsselkompetenzen

für das Schuljahr 2019/20

Angebotsfrist 12.08.2019, 8 Uhr bis 30.08.2019, 16 Uhr

Die Initiative Sekundarstufe I (INISEK) wird gefördert durch das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Brandenburg



EUROPÄISCHE UNION
Europäischer Sozialfonds



LAND
BRANDENBURG
Ministerium für Bildung,
Jugend und Sport



Bundesagentur für Arbeit



Die Vergabeunterlagen zu dieser Ausschreibung umfassen folgende Unterlagen:

1. Allgemeine Hinweise

- 1.1 Einzelbieter, Bietergemeinschaften
- 1.2 Aufbau/Form/Inhalt des Angebotes
- 1.3 Bieterfragen
- 1.4 Prüfung/Wertung der Angebote
- 1.5 Nachforderung von Unterlagen
- 1.6 Zuschlagserteilung/Vertragsabschluss
- 1.7 Aufhebung des Vergabeverfahrens

2. Leistungsbeschreibung des Projektes

- 2.1 Zielgruppe
- 2.2 Bedarfsanalyse der Schule
- 2.3 Ziele und Leistungsmerkmale des Projektes
- 2.4 Organisationsform
- 2.5 Rahmenbedingungen
- 2.6 Kostenkalkulation

3. Wertungskriterien und Gliederung für das Konzept

Anlagen (siehe vom Bieter / der Bietergemeinschaft auszufüllende Dokumente)

Vordrucke für die Angebotserstellung

- Anlage 1 Gliederung der Angebotsunterlagen
- Anlage 2 Preisblatt
- Anlage 3 Kalkulationsschema
- Anlage 4 Daten des Bieters/der Bietergemeinschaft
- Anlage 5 Nachweis der Bietereignung
- Anlage 6 Auskunft zur Qualifikation der für die Leistungserbringung vorgesehenen Fachkräfte
- Anlage 7 Erklärung zu den Referenzen
- Anlage 8 Kennzettel für Angebotsumschlag

1. Allgemeine Hinweise

Alle enthaltenen Angaben in diesen Vergabeunterlagen beziehen sich stets auf die männliche **und** weibliche Form. Um eine gute Lesbarkeit zu gewährleisten, wurde auf die Bezeichnung in weiblicher Form verzichtet.

Wenn in den Angaben der Vergabeunterlagen die Bezeichnung „Bieter“ verwendet wird, gilt diese für Einzelbieter und Bietergemeinschaften gleichermaßen, soweit an der entsprechenden Stelle nichts anderes angegeben ist. Um eine gute Lesbarkeit zu gewährleisten, wurde auf die Bezeichnung „Bietergemeinschaft“ verzichtet.

Der Bieter bestätigt mit seiner Unterschrift unter dem Angebot, dass alle in diesem Vergabeverfahren beschriebenen Anforderungen erfüllt werden bzw. danach verfahren wird.

Änderungen sowie Ergänzungen an den Vergabeunterlagen führen gemäß § 42 Abs. 3 UVgO zum Angebotsausschluss. Nebenangebote, also die Abgabe von Angeboten, die inhaltlich von der vom Auftraggeber vorgesehenen Leistungsausführung abweichen, sind nicht zulässig. Dies gilt insbesondere für Potentialanalysen in der 7. oder 8. Klasse sowie Bewerbungstrainings, die nicht Bestandteil der angebotenen Leistung sein dürfen.

Das Angebot muss bis zum Ende der Angebotsfrist (Posteingang Auftraggeber) in einem verschlossenen Umschlag dem Auftraggeber zugegangen sein. Auf der Vorderseite des Umschlages ist, **zusätzlich zur Anschrift des Auftraggebers**, der in Druckbuchstaben ausgefüllte Kennzettel (Anlage 8) sicher zu befestigen. Die Abgabe von mehreren Angeboten in einem Umschlag ist **nicht** zulässig.

1.1 Einzelbieter/ Bietergemeinschaften

Die Abgabe der Angebote ist sowohl durch Einzelbieter als auch durch Bietergemeinschaften erlaubt. Bei Abgabe des Angebotes durch eine Bietergemeinschaft ist es notwendig, dass sie einen Bevollmächtigten zur Angebotsabgabe und Vertragsdurchführung benennt (Anlage 4). Die Bietergemeinschaft muss eine Rechtsform haben, bei der die Gesellschafter gesamtschuldnerisch haften. Nach Ablauf der Angebotsfrist bis zur Zuschlagserteilung darf keine Bietergemeinschaft mehr gebildet bzw. geändert werden (z. B.: Erweiterung, Austausch von Mitgliedern, Wegfall von Mitgliedern usw.). Die Rechnungslegung hat im Namen der Bietergemeinschaft zu erfolgen und ist vom Bevollmächtigten der Bietergemeinschaft zu unterschreiben.

1.2 Aufbau/Form/Inhalt des Angebotes

Als Grundlage für die Erstellung des Angebotes sind ausschließlich diese Vergabeunterlagen zu verwenden. Folgende Unterlagen sind mit Angebotsabgabe einzureichen:

1. Angebotsschreiben
2. Gliederung der Angebotsunterlagen (Anlage 1)
3. Preisblatt (Anlage 2)
4. Konzept nach vorgegebener Gliederung (siehe 3.)
5. Kalkulationsschema (Anlage 3)

6. Daten des Bieters/der Bietergemeinschaft (Anlage 4)
7. Nachweis der Bieterreignung (Anlage 5)
8. Auskunft zur Qualifikation der für die Leistungserbringung vorgesehenen Fachkräfte (Anlage 6)
9. Erklärung zu den Referenzen (Anlage 7)
10. Nachweis der Unternehmereigenschaft (Auszug aus dem Handelsregister, Vereinsregisterauszug, für Freiberufler genügt ein Nachweis der steuerlichen Anmeldung beim Finanzamt)

Diese Gliederung ist einzuhalten (siehe auch Anlage 1).

Bei Bietergemeinschaften müssen die Vordrucke der Anlagen 4 und 5 von **jedem** Mitglied der Bietergemeinschaft ausgefüllt und eingereicht werden. Das Angebot sowie sonstiger Schriftverkehr müssen in deutscher Sprache erfolgen. Im Angebot müssen alle Preise sowie sonstige geforderte Angaben und Erklärungen enthalten sein. Des Weiteren muss es an den dafür vorgesehenen Stellen (siehe Anlagen 2, 4 und 5) rechtsverbindlich im Original unterschrieben sein.

Bei allen unvollständigen Angeboten und bei Angeboten, die auf der Grundlage der Geschäftsbedingungen des Bieters gemacht werden, erfolgt der Ausschluss.

Zur Entlastung der Umwelt und um eine kopierfähige Form zu gewährleisten, bittet der Auftraggeber darum, das Angebot einseitig bedruckt, gelocht und ohne Prospekthüllen, Spiral-/ Klebebindungen, Trennblätter oder Ähnlichem einzureichen.

Das gesamte Angebot soll auf **jeder** Seite mit dem Firmenstempel des Bieters versehen sein. Bei Bietergemeinschaften ist der Stempel des bevollmächtigten Vertreters zu nutzen. Werden die Angebotsunterlagen auf Firmenbriefköpfen oder Ähnlichem eingereicht, so dass eine eindeutige Zuordnung gewährleistet ist, kann auf das Abstempeln verzichtet werden. Alle eingereichten Unterlagen sind fortlaufend zu nummerieren. **Das Konzept ist in der vorgegebenen Reihenfolge der Wertungskriterien zu gliedern (siehe Bewertungsmatrix 3.).** Der **Umfang** des **Konzepts**, ohne die in den Vergabeunterlagen geforderten Anlagen, sollte insgesamt **12 Seiten** (Schriftart Arial, Schriftgrad 11) nicht übersteigen. **Es sind nur die zu dieser Ausschreibung gehörenden Anlagen bei der Angebotsabgabe zulässig.**

1.3 Bieterfragen

Fragen projektbezogener oder verfahrensrechtlicher Art, die im Rahmen der Angebotserstellung entstehen und welche sich nicht aus den Vergabeunterlagen beantworten lassen, können **längstens bis 5 Tage vor Ende der Angebotsfrist ausschließlich schriftlich** an die

Stiftung SPI, Niederlassung Brandenburg Süd-Ost
INISEK-Regionalpartner Süd-Ost
Berliner Straße 54
03046 Cottbus

gerichtet werden.

Die Übermittlung von Fragen via E-Mail ist zulässig (inisek@stiftung-spi.de).

Sollten sich aus den Biernachfragen Anhaltspunkte dafür ergeben, dass ein Missverständnis objektiv bedingt ist, erfolgt die Aufklärung gegenüber allen Bietern über die Internetseiten des Auftraggebers unter www.spi-inisek.de.

1.4 Prüfung/Wertung der Angebote

Der Bieter hat anhand des Kalkulationsschemas (Anlage 3) seine Kalkulation vorzunehmen. Nachträgliche Preisverhandlungen sind ausgeschlossen. Bei der Wertung der Angebote wird gemäß § 44 UVgO die Angemessenheit der Preise geprüft.

Ein Angebot wird als unangemessen niedrig angesehen, wenn der Unterschied zwischen dem erstplatzierten und dem nachfolgenden Angebot mehr als 20 Prozent beträgt, wobei es auf den Gesamtpreis des Angebotes und nicht auf die Einzelpreise ankommt. Liegt ein solches Niedrigpreisangebot vor, erfolgt eine Aufklärung seitens des Auftraggebers, ob eine wirtschaftliche und ordnungsgemäße Ausführung des Auftrags dennoch gewährleistet ist.

Der Konzeptinhalt wird anhand der in der Bewertungsmatrix (siehe 3.) aufgeführten Kriterien bewertet.

Nachweise über seine Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit hat der Bieter sowohl mit den geforderten Anlagen als auch mit seinem Konzept zu erbringen. Die fachliche Eignung des Bieters wird als nicht gegeben gewertet, insofern es ihm nicht gelingt in den Wertungsbereichen 1.2.1 bis 1.2.4 eine Mindestpunktzahl von 2 Punkten je Wertungsbereich und Prüfer zu erlangen. Gelingt dies nicht, erfolgt ein Ausschluss des Angebotes entsprechend § 42 UVgO.

Es gelten ausschließlich nachstehende vier Bewertungsstufen:

0 Punkte: Das Konzept des Bieters entspricht im Wertungsbereich nicht den Anforderungen.

1 Punkt: Das Konzept des Bieters entspricht im Wertungsbereich mit Einschränkungen den Anforderungen.

2 Punkte: Das Konzept des Bieters entspricht im Wertungsbereich vollumfänglich den Anforderungen.

3 Punkte: Das Konzept des Bieters ist im Wertungsbereich der Zielerreichung in besonderer Weise dienlich.

Der jeweilige Gliederungspunkt wird mit **0 Punkten** bewertet, wenn die genannten Anforderungen nicht erfüllt sind oder der Punkt inhaltlich nicht schlüssig dargestellt wurde. Dies gilt auch, wenn die Anforderungen lediglich stichpunktartig ohne weitere konzeptionelle Ausführungen wiederholt werden. Außerdem wird ein Gliederungspunkt mit 0 Punkten bewertet, wenn es im Hinblick auf die Zielsetzung des Projektes/der Beauftragung keinen Erfolg verspricht.

Der jeweilige Gliederungspunkt wird mit **1 Punkt** bewertet, wenn die genannten Anforderungen mit Einschränkungen (d.h. die geforderten Inhalte werden nicht vollumfänglich dargestellt) erfüllt sind oder die Darstellung inhaltlich Unschärfen aufweist, die Konzeption des Projektes/der Beauftragung aber insgesamt eine erfolgreiche Durchführung erwarten lässt.

Der jeweilige Gliederungspunkt wird mit **2 Punkten** bewertet, wenn die genannten Anforderungen vollumfänglich dargestellt und inhaltlich schlüssig dargestellt sind sowie im Hinblick auf die Zielsetzung des Projektes/der Beauftragung Erfolg versprechen.

Der jeweilige Gliederungspunkt wird mit **3 Punkten** bewertet, wenn er der Zielerreichung in besonderer Weise (z.B. kreative Ideen bzw. kreative methodische Ansätze) dienlich ist und dies in der Konzeption inhaltlich schlüssig dargestellt ist.

Die Bewertungsmatrix besteht aus Wertungsbereichen, die jeweils Wertungskriterien enthalten. Die einzelnen Wertungskriterien sind gewichtet und mit Relevanzfaktoren versehen (Spalte 5 der Bewertungsmatrix). Die Gewichtung spiegelt die jeweilige Bedeutung der Wertungskriterien innerhalb des Wertungsbereiches wider.

Alle Angebote werden von zwei Prüfern unabhängig voneinander geprüft. Die Summe der erzielten Wertungspunkte (Spalte 3 und 4) des Wertungskriteriums wird mit dem jeweiligen Relevanzfaktor (Spalte 5) multipliziert. Die Summe der Leistungspunkte ergibt sich aus der Addition der Leistungspunkte aller Wertungsbereiche der Regionalpartner und den Leistungspunkten aus der Stellungnahme der Projektschule. Die so ermittelten Leistungspunkte können maximal 282 bei Projekten zur Förderung der sozialen und personalen Kompetenzen betragen. Nach Beurteilung der Qualität und des Gesamtpreises erfolgt die Auswahl des Angebotes, das den Zuschlag zur Durchführung der Maßnahme erhalten soll. Auszuwählen ist das Angebot, das unter Berücksichtigung aller Umstände am wirtschaftlichsten ist.

Die Bewertung der Angebote erfolgt unter Anwendung der erweiterten Richtwertmethode nach UfAB V mit einem Leistungs-Preis-Verhältnis von 60:40. Es erfolgt eine mathematische Rundung auf zwei Dezimalstellen.

Der nach dieser Vorgehensweise wirtschaftlichste Bieter (höchste Kennzahl) erhält den Zuschlag. Bei identischen Kennzahlen greift das preisgünstigere Angebot. Sollten die entsprechenden Angebote in der Kennzahl und im Preis gleich sein, erfolgt eine Auslosung.

1.5 Nachforderung von Unterlagen

Sollten Erklärungen und Nachweise nicht innerhalb der Angebotsfrist vorgelegt worden sein, sind diese nach Aufforderung per E-Mail durch den Auftraggeber innerhalb von **sieben** Kalendertagen nachzureichen. Kommt der Bieter der Aufforderung nicht in der gesetzten Frist nach, führt dies zum Ausschluss des Angebotes i. S. d. § 42 Abs. 1 Nr. 2 UVgO. Der Bieter ist verpflichtet, sein im Angebot angegebenes elektronisches Postfach kontinuierlich abzurufen.

1.6 Zuschlagserteilung/Vertragsabschluss

Es erfolgt eine schriftliche Zuschlagserteilung bis spätestens zum 22.09.2019. Die Bindefrist für das Angebot sowie die Zuschlagsfrist sind identisch. Bis zum Ende der Zuschlagsfrist ist der Bieter somit an sein Angebot gebunden. Wird bis zum Ablauf der Frist kein Zuschlag erteilt, gilt das Angebot als nicht berücksichtigt. Wenn der Zuschlag rechtzeitig und ohne Änderung erteilt wird, gilt der Vertrag ab Zuschlagserteilung zu den Bedingungen/Vorgaben in diesen Vergabeunterlagen und auf der Grundlage des Angebotes als rechtskräftig zustande gekommen. Dies gilt unbeschadet der späteren schriftlichen Festlegung in einer Vertragsurkunde.

1.7 Aufhebung des Vergabeverfahrens

Gemäß § 48 UVgO kann das Vergabeverfahren aufgehoben werden, wenn:

- kein Angebot eingegangen ist, das den Bedingungen entspricht,
- sich die Grundlage des Vergabeverfahrens wesentlich geändert hat,
- kein wirtschaftliches Ergebnis erzielt wurde oder
- andere schwerwiegende Gründe bestehen.

Die Ausschreibung kann insbesondere dann aufgehoben werden, wenn die Schule ihre Bedarfsanalyse, die Grundlage für die vorliegende Ausschreibung ist, nach Beginn der Ausschreibung zurückzieht (schwerwiegender Grund). Die Bieter werden über die Aufhebung des Vergabeverfahrens unter Bekanntgabe der Gründe unverzüglich durch den Auftraggeber benachrichtigt.

2. Leistungsbeschreibung des Projektes

Alle in den Bereichen 2.1 bis 2.5 genannten Unterpunkte stellen Anforderungen dar, welche vom Bieter erfüllt werden müssen. Es ist **nicht** erwünscht, dass der Bieter diese in seinem Konzept zusätzlich wiederholt. Mit seiner Unterschrift auf dem Preisblatt bestätigt er, dass die aufgezählten Forderungen durch ihn erfüllt werden.

Der Auftraggeber behält sich vor, während der Dauer des Vertrages sowie innerhalb von 4 Wochen vor Beginn des Projektes auch ohne vorherige Anmeldung die Einhaltung der Anforderungen ggf. vor Ort zu kontrollieren. Der Auftraggeber hat das Recht, den Einsatz des angegebenen Personals sowie der Räumlichkeiten abzulehnen, wenn bezüglich der Eignung Bedenken bestehen. Das gilt ebenso für einen Wechsel der Mitarbeiter bzw. Räumlichkeiten innerhalb der Vertragslaufzeit.

Name des Projektes:	Erfahren, verstehen, verändern	
Name der Projektschule:	Grund- und Oberschule Calau	
PLZ Ort:	03205	Calau
Name der Kooperationsschule mit PLZ und Ort		

2.1 Zielgruppe

geplante TN-Zahl Schülerinnen und Schüler gesamt	48
• davon Mädchen	20
• davon Jungen	28
• davon TN mit Migrationshintergrund	2
• aus Klassenstufe 7	0
• aus Klassenstufe 8	0
• aus Klassenstufe 9	48
• aus Klassenstufe 10	0

2.2 Bedarfsanalyse der Schule

<p>Ausgangssituation/ IST-Analyse Aktuelle Situation der anvisierten Zielgruppe, Kernkompetenzen, die noch zu gering oder gar nicht ausgeprägt sind.</p>	<p>Primäres Ziel des Trägers ist die Erreichung eines für die SuS bestmöglichen, den individuellen Fähig- und Fertigkeiten entsprechenden Schulabschlusses. Als Basis für eine gesicherte Integration in den ersten Arbeitsmarkt dienen neben den erworbenen fachspezifischen Kenntnissen auch soziale Schlüsselkompetenzen wie Kooperationsbereitschaft und Frustrationstoleranz. Infolge des teilweise unterdurchschnittlichen Durchhaltevermögens und der daraus resultierenden Lern- und Leistungsverweigerung sowie den damit einhergehenden permanenten Unterrichtsstörungen fehlt es den betroffenen SuS eben an diesen sozialen Schlüsselkompetenzen.</p> <p>Stattdessen kompensieren sie dieses Fehlen, was sich in Schulverweigerung und Verstößen gegen das Strafgesetzbuch wie Sachbeschädigungen und Diebstahl niederschlägt. Außerdem wiederholen bereits vier SuS die Klassenstufe als Folge der beschriebenen Situation.</p> <p>Da sich die SuS in der Klassenstufe 9 in der Haupt- und/oder Endphase ihrer Pubertät befinden, müssen oftmals die Kooperationsfähigkeit und die konstruktive Interaktion im Team geschult werden, um das primäre Ziel erreichen zu können. Ein ausgewogenes Maß an Selbst- und Fremdwahrnehmung durch erfolgreiche Selbstreflexion, gesteuerte Impulskontrolle und Selbstkritik zu erreichen und dieses anstelle der entwicklungsbedingten verstärkten Fremdwahrnehmung zu setzen ist für die weitere individuelle Lebensgestaltung unverzichtbar.</p>
--	--

2.3 Ziele und Leistungsmerkmale der Maßnahme

<p>Ziel der Maßnahme ist es nebenstehende personale und soziale Schlüsselkompetenzen als Merkmale der Berufswahlkompetenz konkret zu entwickeln.</p>	Konfliktfähigkeit
	Selbstorganisation und Selbstständigkeit
	Teamfähigkeit
<p>Die Zielerreichung wird anhand nebenstehender Indikatoren gemessen.</p>	<p>SuS nehmen Entscheidungsprozesse in ihrer Dynamik bewusst wahr und reflektieren Kompromissfindungen in Konfliktsituationen während gruppenspezifischer Arbeitsprozesse, um konfliktlastige Kommunikationsstörungen zu reduzieren bzw. zu vermeiden.</p>

	<p>SuS erkennen Eigenschaften entsprechender Arbeitsmaterialien, wenden relevante Bearbeitungstechniken an und setzen diese in guter Qualität um.</p>
	<p>Gruppendynamische Arbeitsprozesse verlaufen flüder infolge der Stärkung konfliktreduzierter bzw. konfliktfreier Kommunikation und können von den SuS final als Gruppenerfolg verstanden sowie präsentiert werden.</p>
<p>Spezielle Anforderungen an die Maßnahme</p>	<p>Die SuS sollen in der interpersonellen Interaktion über den Rahmen der durch den Lehrplan vorgegebenen Inhalte sensibilisiert und gefestigt werden.</p> <p>Zur Förderung der Ausbildungsreife sollen</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. als bedeutende soziale Schlüsselkompetenzen für die berufliche Entwicklung die Team- und Kommunikationsfähigkeit sowie die Selbstreflexion und die Selbstorganisation gefördert werden, 2. zur Stärkung des Selbstwertgefühls und damit verbunden die Entwicklung sozialer Kompetenzen gruppendynamische Prozesse gezielt angeregt werden, 3. durch die Erhöhung der Frustrationstoleranz Toleranz und Akzeptanz in der Gruppe verstärkt werden. <p>Hierfür werden unter Einbeziehung künstlerischer Ausdrucksformen die theoretischen und praktischen Arbeitsgänge mit den SuS besprochen und schrittweise von der Idee bis zur Präsentation unter Anleitung umgesetzt. Berücksichtigung finden hier ebenso geschlechtsspezifische Rollenverteilungen, die im Laufe der Arbeit aufgebrochen werden. Die Bereitstellung von ausreichend Materialien und Werkzeugen für die SuS im außerschulischen Setting sind obligatorisch.</p>
<p>Einordnung des Projektes in das Schulprogramm</p>	<p>Das Projekt ist fächerübergreifend und beinhaltet die Vertiefung von Kenntnissen, die in den Fächern WAT, Kunst, Physik, Mathematik, Deutsch und Chemie bereits erworben wurden. Durch weiteren Kompetenzerwerb, vor allem sozialer Schlüsselkompetenzen, soll das Projekt Schulverweigerung begegnen und vermindern. Als Aufbauprojekt ist es Folgeprojekt des Konzeptes "Praxislernen in Werkstätten" und wird in das Gesamtprojekt integriert. Die SuS sind somit an der Weiterentwicklung des Schulkonzeptes maßgeblich beteiligt und entwickeln fehlende Schlüsselkompetenzen innerhalb des Projektes als Voraussetzung für die noch fehlende Ausbildungsreife durch diese Form der Kooperation zwischen Schule und Leistungsanbieter.</p>

Ergebnisdokumentation im Berufswahlpass (BWP)	x	Teilnahmebescheinigung	x	Dokumentieren eigener Aufzeichnungen
	x	Nutzung der Arbeitsblätter des BWP		Weiteres:

2.4 Organisationsform

Bisheriger und geplanter Einbezug der Zielgruppe in die Maßnahmeentwicklung:
Durch die Erfahrung des kreativen Schaffungsprozesses bis hin zur Präsentation der Ergebnisse, die bereits in anderen Projekten gesammelt und hier vertieft werden können, sollen die SuS den Wunsch nach Mitwirkung an anderen Projekten äußern und aktiv über ihre Erfahrungen berichten. Ideensammlungen in der Schülerschaft sollen die Basis für die Umsetzung neuer Projektideen sein, sodass sich die SuS als aktive Mitgestalter/innen des Schullebens verstehen.
Einbezug der leistungsschwächeren Schülerinnen und Schüler:
Primäres Ziel ist die Einbringung aller SuS in den kreativen Schaffungsprozess innerhalb des Projektes, abhängig von ihrem persönlichen Leistungspotential körperlicher und intellektueller Natur. Leistungsschwächere, demotivierte SuS sollen innerhalb des Gruppenverbandes gefördert und gestärkt werden. Hierfür werden sie aktiv in alle Phasen von Entscheidungsfindungen einbezogen und erfahren so einen demokratischen Entscheidungsprozess.
Art und Umfang der aktiven Beteiligung der Lehrkräfte an der Projektdurchführung:
Die Klassenleiter/innen sind von Anfang bis Ende in den Entwicklungsprozess des Projektes eingebunden und kooperieren schulintern mit den Kollegen/innen entsprechender Fachbereiche und schulextern mit den Verantwortlichen des Kooperationsträgers. Sie unterstützen die SuS in konflikthafter Situationen und stehen ihnen beratend zur Seite.
Es werden folgende nachhaltige Wirkungen in Bezug auf die Entwicklung der Schule erwartet:
<ul style="list-style-type: none"> - Verstärkung der Frustrationstoleranz bei den SuS - Verstärkung des Gruppengefühls innerhalb der Klasse - gestärkte und neue Einsichten in die Notwendigkeit von Toleranz und Akzeptanz - bewusste Anwendung und Einbringung persönlicher Stärken und Fähigkeiten der SuS in den schulinternen Unterricht - Steigerung der Motivation in der Bewerbungsphase in Klasse 10 - Verbesserung des Schulklimas/ -lebens durch Verminderung von Unterrichtsstörungen

Bisherige und geplante Einbeziehung der Eltern der Schülerinnen und Schüler in die Projektdurchführung:			
Als Schule für gemeinsames Lernen unterstützen die Eltern der SuS als Folge der Unzufriedenheit mit der Situation aktiv den Unterricht durch Hospitationen und den aktiven Austausch mit den Lehrenden. Elternabende zu Beginn und in der Auswertung des Projektes sind hier folglich obligatorisch. Durch schulinterne Veröffentlichungen wird der stetige Informationsfluss aufrecht erhalten und die Eltern können sich jederzeit über den Fortgang und die Ergebnisse des Projektes informieren. Darüber hinaus werden die Hauptziele des Projektes transparent gemacht, damit Eltern die Notwendigkeit zur Durchführung von individuellen Maßnahmen verinnerlichen und bei weiteren Projekten ihre Bereitschaft zur aktiven Unterstützung signalisieren können.			
Geplanter Durchführungszeitraum des Projektes:			
Die Vorbereitungsphase soll stattfinden in der Zeit vom	23.09.2019	bis	27.09.2019
Durch den Bieter sind für die Vorbereitungsphase folgende Tätigkeiten zu planen:			
Vorbereitungstreffen im Team, Organisations- und Verwaltungsarbeiten, Bereitstellung und Pflege von Arbeitsmaterialien, interaktiver Vorbereitungstag, Teilnahme als Kooperationspartner an Elternabenden in der Schule			
Die aktive Projektphase mit der Zielgruppe soll stattfinden:			
	wöchentlich		
	modular		
x	im Block	5 Tage (Mo-Fr) je Klasse im Zeitraum vom 21.10. - 08.11.2019, von 8.00 - 13.00 Uhr	
Die Nachbereitung des Projektes soll stattfinden in der Zeit vom	18.11.2019	bis	22.11.2019
Durch den Bieter sind in der Nachbereitungsphase folgende Tätigkeiten zu planen:			
Auswertungstreffen im Team, Projektevaluation, Nachbereitungsveranstaltung in der Schule			

2.5 Rahmenbedingungen

Im Rahmen des pädagogischen Konzeptes soll gearbeitet werden:			
x	im Klassenverband		
	in Kleingruppen mit einer maximalen Gruppenstärke von		Personen
	Das Projekt soll in der Schule/ auf dem Schulgelände durchgeführt werden.		
x	Das Projekt soll an einem außerschulischen Lernort durchgeführt werden.		

Maximale Entfernung zum außerschulischen Lernort in Kilometern				50	
Aufschlüsselung der auswertigen Übernachtungen, die der Bieter in seiner Ausgabenkalkulation berücksichtigen muss.					
Anzahl Nächte		Anzahl Schülerinnen und Schüler		Anzahl Begleitpersonen	
Fahrtkosten müssen durch den Bieter in seiner Ausgabenkalkulation berücksichtigt werden.					x
Kosten für Verpflegung müssen durch den Bieter in seiner Ausgabenkalkulation berücksichtigt werden.					
Seitens des Bieters muss folgende Ausstattung vorgehalten werden: (sachlich/technisch/räumlich)					
Räumlichkeiten bzw. Lernorte zur Durchführung des Projektes, Materialien zur Umsetzung (Bau- und Bastelmaterial), Geräte zur Materialbearbeitung, Equipment zur Arbeitssicherheit bei Notwendigkeit					
Seitens des Bieters soll folgendes Personal vorgehalten werden:					
Die Anleiter/innen (mind. 4 Teamer / 2 pro Klasse) sollten Erfahrungen in der kreativ-künstlerischen Arbeit mit SuS sowie (erlebnis)pädagogische Fähigkeiten mit Empathie entsprechend den Projektanforderungen mitbringen.					

Gemäß Brandenburgischem Vergabegesetz sind die Auftragnehmer verpflichtet bei der Ausführung der vereinbarten Leistungen eingesetzte Beschäftigte nach einem etwaigen Mindestlohn auf der Grundlage des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, mindestens aber mit einem Mindestarbeitsentgelt von zurzeit 10,50 Euro und ab Januar 2020 10,68 Euro je Arbeitsstunde zu bezahlen. Der Auftragnehmer verpflichtet sich mit Abgabe seines Angebotes zur Einhaltung des Brandenburgischen Vergabegesetzes.

2.6 Kostenkalkulation

Die Kalkulation zu den geplanten Kosten des Projektes muss anhand des als Anlage 3 beigefügten Kalkulationsschemas vorgenommen werden.

Seitens des Auftraggebers werden für die Durchführung der Maßnahme Maximalkosten (Brutto) in Höhe von 14.500,00 € kalkuliert. Angebote, deren Gesamtpreis über den geplanten Maximalkosten des Auftraggebers liegen, können bei der Vergabe nicht berücksichtigt werden.

3. Wertungskriterien und Gliederung für das Konzept

Anhand folgender Wertungskriterien muss der Bieter analog der vorgegebenen Gliederung darstellen, wie er entsprechend der gestellten Anforderungen das Projekt durchführen und die Qualität der Durchführung sicherstellen wird.

Wertungsbereiche	Wertungskriterien	Punkte Prüfer 1	Punkte Prüfer 2	Relevanzfaktor	Erzielte Leistungspunkte <small>Spalte3 + Spalte4 x Spalte5</small>
1	2	3	4	5	6
1.1	<p>Ablauf/Systematik Erläutern Sie für den Fall der Zuschlagserteilung Ihren Zeitplan (Meilensteine) sowie Ihre Vorgehensweise in Bezug auf die Umsetzung der ausgeschriebenen Inhalte.</p>			3	
1.2	<p>Pädagogisches Konzept Stellen Sie Ihr pädagogisches Konzept dar, mit dem Sie im Hinblick auf die Erhöhung der Ausbildungsfähigkeit den dargestellten Projektinhalt umsetzen und die angegebenen Projektziele erreichen wollen. Insofern das Projekt durch spezielle Leistungsmerkmale gekennzeichnet ist, so gehen Sie auf die Einbindung dieser bitte explizit ein. Darüber hinaus sind im Rahmen des pädagogischen Konzeptes die nachfolgenden Punkte 1.2.1 bis 1.2.4 verbindlich und vollumfänglich darzustellen.</p>			5	
1.2.1	<p>Prozessorientierung Stellen Sie dar, inwieweit Reifegrad und Interessen der Schülerinnen und Schüler (SuS) konzeptionell in Ihrem Angebot Beachtung finden. Berufsorientierungsangebote müssen darüber hinaus berufsbiografische Erfahrungen sowie ggf. vorhandenes berufsbezogenes Vorwissen der SuS einbeziehen und beachten.</p>			5	
1.2.2	<p>Transparenz Entscheidend ist es für die SuS Ziele, Ablauf und Bedeutung des Angebotes zu verstehen. Beschreiben Sie, wie die SuS in Mitentscheidungsprozesse zum Angebot einbezogen werden und wie Sie eine Rückmeldung zu den erzielten Ergebnissen erhalten.</p>			5	
1.2.3	<p>Umgang mit Heterogenität Vermittlung von Gleichberechtigung sowie Wertevielfalt, Interkulturalität und Pluralismus. Beschreiben Sie, wie Sie die Unterschiedlichkeit der SuS hinsichtlich Geschlecht, körperlichen Gegebenheiten, Lebensstil und/oder kulturellen religiösen Hintergründen als Vorteil soweit möglich für alle SuS nutzbar machen werden.</p>			5	

1.2.4	Dokumentation/ Nachhaltigkeit (Schülerebene) Geben Sie an, wie die SuS unterstützt werden, ihre individuellen Erkenntnisse und Erfahrungen festzuhalten. Gehen Sie dabei auch auf die Arbeit mit dem Berufswahlpass ein.			5	
1.3	Methoden Stellen Sie dar, welche Methoden bei der Umsetzung ihres pädagogischen Konzeptes zum Tragen kommen.			4	
1.4	Konfliktmanagement Erläutern Sie, wie Sie mit individuellen, aber auch die Gruppe betreffenden Problemen und Konflikten umgehen wollen bzw. diese beseitigt werden können.			2	
1.5	Umgang mit Über-/Unterforderung: Erklären Sie, wie Sie mit Teilnehmern umgehen, bei denen sich eine Über- bzw. Unterforderung während der Maßnahme abzeichnet. Gehen Sie dabei insbesondere darauf ein, welche Methoden Sie bei lernbeeinträchtigten Teilnehmern bzw. Teilnehmern mit fehlendem Basiswissen anwenden wollen, damit diese die Projektziele trotz ihrer individuellen Schwierigkeiten erreichen können.			2	
1.6	Öffentlichkeitsarbeit Bitte beschreiben Sie kurz die für das Projekt geplanten öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten.			1	
2	Ausstattung Beschreiben Sie kurz, welche sachliche/technische Ausstattung Sie für die adäquate Durchführung des Projektes gem. Leistungsbeschreibung zur Verfügung stellen bzw. wie Sie die Erfüllung der Anforderungen sicher stellen.			1	
3.1	Zusammenarbeit mit der Schule Erläutern Sie, wie Sie die enge Zusammenarbeit im Team (Lehrkraft der Schule+Fachkraft Bieter) sicherstellen wollen. Erklären Sie insbesondere die organisatorische Vorgehensweise.			4	
3.2	Nachhaltigkeit Beschreiben Sie, welche konkreten nachhaltigen Effekte Sie von dem Projekt für die Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und die Schulentwicklung insgesamt erwarten.			2	

Neben den vorgenannten inhaltlichen Wertungskriterien fließt die Stellungnahme der Projektschule in die Gesamtbewertung des Angebotes mit ein.

Durch die Projektschule werden folgende Inhalte des Konzeptes bewertet:

- Das Konzept berücksichtigt die in der Bedarfsanalyse* dargestellten Bedarfe der Schülerinnen und Schüler.
- Das Konzept dient den in der Bedarfsanalyse dargestellten Zielen zur Erhöhung der Ausbildungsfähigkeit.
- Die im Konzept dargestellte Zusammenarbeit mit der Schule trägt zum Gelingen des Projekts bei.
- Beurteilung des pädagogischen Konzepts hinsichtlich der Nachhaltigkeit für die SuS.
- Beurteilung des pädagogischen Konzepts hinsichtlich der methodischen Ansätze und Aktivitäten zur Zielerreichung.

(* die Bedarfsanalyse der Projektschule ist Grundlage der Ausschreibung)

Durch die Schule können pro vorgenanntem Wertungskriterium bis zu drei Leistungspunkte vergeben werden. Die Gesamtpunktzahl aus der Stellungnahme der Schule geht mit 1,2-facher Wertigkeit in die Gesamtbewertung ein. Somit können von den 282 maximal zu vergebenden Leistungspunkten maximal 18 durch die Schule und 264 durch den Regionalpartner vergeben werden.

(Muster)Vertrag über die Durchführung eines Schulprojektes im Rahmen des Förderprogramms Initiative Sekundarstufe I (INISEK I) im Land Brandenburg

Die nachstehenden Vertragsparteien:

____ (Name und Adresse des Trägers des INISEK I-Regionalpartners) ____
als INISEK I-Regionalpartner ____ (Ort) ____

vertreten durch Frau ____ // Herrn ____
- im Folgenden: Maßnahmeträger -

und als Kooperationspartner für das INISEK I-Schulprojekt:

____ (Name) _____
____ (Anschrift) _____

vertreten durch Frau ____ // Herrn ____

- im Folgenden: Kooperationspartner –

schließen folgenden Vertrag:

§ 1 - Gegenstand

(1) Die Vertragspartner vereinbaren die Durchführung des INISEK I-Schulprojektes:

____ (*Projektbezeichnung*) ____
Projektnummer: ____ (Nummer) ____

an der beteiligten Schule (Name der Schule) in (Ort).
an den beteiligten Schulen (Name der Schule) in (Ort) und
(Name der Schule) in (Ort).

(2) Das INISEK I-Schulprojekt gehört zu folgendem Förderbereich:

- Entwicklung der Berufswahlkompetenz,
- Herausbildung und Stärkung von sozialen und personalen Schlüsselkompetenzen.

(3) Grundlage für die Durchführung des Projektes stellen das Angebot des Kooperationspartners einschließlich der Kalkulation vom XX.XX.XXXX sowie die Leistungsbeschreibung gemäß den Vergabeunterlagen dar, die Bestandteile dieses Vertrages sind. Sie enthalten Kriterien zur Bestimmung der Zielerreichung bzw. Kriterien der Leistungserbringung und -messung.

- (4) Das INISEK-I-Schulprojekt an der Schule beginnt am XX.XX.20XX und endet am XX.XX.20XX.

§ 2 - Leistungen des Kooperationspartners

- (1) Der Kooperationspartner setzt das Projekt entsprechend dem Angebot (Anlage 1) und der Leistungsbeschreibung (Anlage 2) um.
- (2) Er wird hierzu ausschließlich Personal einsetzen, das über die erforderliche fachliche und persönliche Eignung verfügt. Hierzu wird empfehlend auf die Hinweise der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter vom April 2006 zur Eignungsüberprüfung von Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe nach § 72a SGB VIII, die Arbeitshilfe des Landesjugendamtes Brandenburg zu Trägervereinbarungen nach §§ 8a und 72a SGB VIII vom März 2006 und die allgemeinen Ziele und Grundsätze der Erziehung und Bildung gemäß § 4 BbgSchulG verwiesen. Er wird die festgestellte Eignung gegenüber dem Maßnahmeträger oder der Schule im begründeten Fall darlegen.
- (3) Der Kooperationspartner stellt dem Maßnahmeträger die statistischen Daten durch Eintragung in dessen Formulare vollständig und zu den von ihm festgelegten Terminen zur Verfügung.
- (4) Der Kooperationspartner informiert die Teilnehmerinnen und Teilnehmer entsprechend der Regelungen unter § 5 Abs. 2 in geeigneter Form über die Förderung aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und aus Mitteln des Landes Brandenburg und bestätigt Ihnen die Teilnahme am Projekt nach dem vom Maßnahmeträger vorgegebenen Muster. Eine solche Teilnahmebescheinigung erhält jede Schülerin/jeder Schüler nach Abschluss des Schulprojektes, sofern sie/er zu 80 Prozent aktiv an der Maßnahme teilgenommen hat. Die mindestens 80 prozentige Teilnahmeverpflichtung misst sich am zeitlichen Umfang der Maßnahme, die Entscheidung über die aktive Teilnahme ist in Abstimmung zwischen Kooperationspartner und betreuender Lehrkraft zu treffen.
- (5) Der Kooperationspartner wird zu den vereinbarten Terminen gegenüber dem Maßnahmeträger die Erbringung seiner Leistung darstellen und diesem gegenüber Rechnung legen.
- (6) Er legt dem INISEK-I-Regionalpartner spätestens 14 Tage nach Ende der Projektlaufzeit einen Projektbericht vor, in dem das erzielte Ergebnis des Projekts im Einzelnen darzustellen und den vorgegebenen Zielen gegenüberzustellen ist. Der Kooperationspartner hat dabei insbesondere auch den tatsächlichen Ablauf des Projektes zu beschreiben. Dazu stellt der Maßnahmeträger ein Formular bereit.
- (7) Er legt dem INISEK-I-Regionalpartner auf dessen Verlangen alle Qualifikationsnachweise der tatsächlich für die Leistungserbringung eingesetzten Fachkräfte termingerecht vor.

§ 3 - Kosten und Finanzierung

- (1) Die Gesamtkosten des INISEK I-Schulprojektes belaufen sich auf

X.XXX,XX EUR

(in Worten: _____ XX/100 EUR).

- (2) Der unter § 3 Abs. 1 genannte Betrag setzt sich wie folgt zusammen:

a. _____ EUR aus dem ESF

b. _____ EUR Eigenanteil des Schulträgers

- (3) Der Maßnahmeträger verpflichtet sich, aus den ihm gemäß § 3 Absatz 2 für das Programm bereitgestellten Mitteln eine Vergütung in Höhe von

bis zu **X.XXX,XX EUR**

(in Worten: _____ XX/100 EUR).

an den Kooperationspartner für die von ihm erbrachte Leistung auf Grund dessen fristgerechter Rechnungslegung und Berichterstattung zu leisten. Voraussetzung der Leistung ist die Zurverfügungstellung der Mittel durch die Zuwendungsgeber an den Maßnahmeträger sowie die Bestätigung der Leistungserbringung durch die Schule.

§ 4 - Pflichten des Kooperationspartners

- (1) Gegenstände, die zur Durchführung des Projekts angeschafft oder hergestellt wurden, sind sorgfältig zu behandeln. Sie müssen während des gesamten Projektzeitraums dem Projekt zur Verfügung stehen.
- (2) Der Kooperationspartner erklärt, die für Leistungen nach diesem Vertrag erhaltene Vergütung nicht als Kofinanzierung zu anderen, in diesem Vertrag nicht genannten Fördermitteln einzusetzen (z.B. für Förderprogramme des Bundes).

§ 4a - Zusätzliche Auflagen

- (1) Der Kooperationspartner hat ...

§ 5 - Allgemein geltende Bestimmungen

- (1) Der Kooperationspartner stimmt einer Veröffentlichung seiner Stammdaten (Name des Unternehmens / Kooperationspartners und Kommunikationsdaten) und seiner Beteiligung als Kooperationspartner beim Schulprojekt durch den Maßnahmeträger zu.
- (2) Die vertragschließenden Seiten sind verpflichtet, die Vorgaben des Merkblatts „Information und Kommunikation für ESF-geförderte Vorhaben“ des Ministeriums für

Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (abrufbar unter www.esf.brandenburg.de) sowie die vom Maßnahmeträger bereitgehaltene Arbeitshilfe zur Öffentlichkeitsarbeit zu beachten. Insbesondere sind folgende Maßnahmen durchzuführen:

- a. Information der Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die Förderung aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und aus Mitteln des Landes Brandenburg (Ministerium für Bildung, Jugend und Sport) in geeigneter Form,
 - b. Hinweis auf diese Förderung im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit (u. a. Schriftverkehr, Internet, Veröffentlichungen und insbesondere auch gegenüber den Medien).
 - c. Herausgabe einer Pressemitteilung, um die Bürgerinnen und Bürger über die aus Mitteln des ESF und des Landes Brandenburg finanzierten Projektziele und -ergebnisse zu informieren.
- (3) Das Gender-Mainstreaming-Prinzip ist von allen Vertragspartnern anzuwenden, d. h. bei der Planung, Durchführung und Begleitung der Maßnahmen sind ihre Auswirkung auf die Gleichstellung von Frauen und Männern aktiv zu berücksichtigen.
- (4) Allen Vertragspartnern steht grundsätzlich ein nichtausschließliches unentgeltliches Nutzungsrecht an den Projektergebnissen zu. Unbenommen hiervon bleibt das Urheberrecht beim jeweiligen Autor.

§ 6 - Rechnungslegung und Zahlungen

- (1) Die vollständige Zahlung durch den Maßnahmeträger an den Kooperationspartner erfolgt, wenn:
- das Projekt entsprechend Projektangebot und Leistungsbeschreibung durchgeführt wurde,
 - der Kooperationspartner gegenüber dem INISEK I-Regionalpartner Rechnung gelegt sowie
 - einen Projektbericht vorgelegt hat, der den Anforderungen des § 2 Abs. 2 lit. f) entspricht.
- (2) Zwischenrechnungen können nach Bedarf für erbrachte Teilleistungen gestellt werden, für das Jahr 2019 ist eine Zwischenrechnung spätestens jedoch bis zum 15.01.2020 zu stellen.

Die Schlussrechnung erfolgt bis zum XX.XX.20XX.

- (3) Mit der Schlussrechnung ist ein Projektbericht einzureichen. Mit den Zwischenrechnungen sind der tatsächliche Fortschritt laut dem im Angebot dargestellten Zeitplan und mögliche Gefährdungen der planmäßigen Durchführung des INISEK-I-Schulprojekts darzustellen. Die Berichtspflichten gemäß § 2 Abs. 6 bestehen unabhängig davon; die Berichte können im Rahmen der gesetzten Termine verbunden werden. Der Projektbericht bedarf als zahlungsbegründende Unterlage

hinsichtlich der Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen des Kooperationspartners der Bestätigung durch die Schule als "sachlich richtig".

- (4) Die Vergütung kann vom Ergebnis von Prüfungen des Maßnahmeträgers bei den Vertragspartnern abhängig gemacht werden.
- (5) Die Vergütung durch den Maßnahmeträger an den Kooperationspartner erfolgt nur im Rahmen von Zuwendungen an den Maßnahmeträger für das Programm INISEK I. Da die Verwendung der Zuwendungen fristgebunden ist, erlischt der Anspruch des Kooperationspartners auf Vergütung, wenn er seiner Pflicht zu vollständiger Rechnungslegung gegenüber dem Maßnahmeträger nicht fristgemäß nachkommt.

§ 7 - Aufbewahrungspflichten, Prüfungsrechte und Auskunftspflichten

- (1) Der Kooperationspartner verpflichtet sich zur Aufbewahrung von Unterlagen und zur Gewährleistung der Prüfungsrechte und Auskunftspflichten gegenüber den unter Absatz 4 genannten Stellen. Diesen ist Zutritt zu den Geschäftsräumen zu gewähren.
- (2) Der Kooperationspartner verpflichtet sich, dem Maßnahmeträger die für die Verwirklichung der in Absatz 1 genannten Pflichten erforderlichen Informationen fristgemäß, spätestens jedoch zum Termin des Abschlussberichts in geeigneter Form bereitzustellen.
- (3) Es sind die Originalbelege und ggf. Leistungsnachweise oder ggf. mit den Originalen übereinstimmend bescheinigte Fassungen auf allgemein anerkannten Datenträgern bis zum 31.12.2030 aufzubewahren.
- (4) Der Kooperationspartner gewährt folgenden Stellen oder von diesen beauftragten Einrichtungen das Recht auf Vor-Ort-Prüfungen (Prüfung des Projektfortschritts und entsprechender Dokumentationen):
 - Maßnahmeträger
 - ESF-Prüfbehörde im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg (MASGF),
 - ESF-Bescheinigungsbehörde im MASGF,
 - Europäische Kommission,
 - Investitionsbank des Landes Brandenburg,
 - Landesrechnungshof des Landes Brandenburg,
 - Europäischer Rechnungshof

§ 8 - Gefährdung des Vertragsziels, Vertragsbeendigung, Rückzahlung

- (1) Sobald eine der Vertragsparteien Hinweise erhält, wonach die Durchführung des INISEK I-Schulprojektes nicht in der vereinbarten Weise möglich, entsprechend den Zielen des Programms nicht mehr sinnvoll oder in anderer Weise dessen vertragsgemäße Durchführung gefährdet erscheint, ist sie verpflichtet, diese unverzüglich der anderen Vertragspartei umfassend mitzuteilen. Der

Kooperationspartner ist darüber hinaus verpflichtet, unverzüglich den INISEK I-Regionalpartner zu informieren, wenn über sein Vermögen ein Insolvenzverfahren beantragt oder eröffnet wird. Der INISEK I-Regionalpartner wird in diesen Fällen unverzüglich eine Abstimmung zwischen den Beteiligten einleiten, um die Durchführung oder zumindest die geordnete Abwicklung des INISEK I-Schulprojektes zu sichern. Die Vertragsparteien werden alles Zumutbare unternehmen, um dieses zu erreichen.

- (2) Eine ordentliche Kündigung dieses Vertrages ist ausgeschlossen. Das Recht zur Kündigung aus wichtigem Grund bleibt hiervon unberührt.
- (3) Der INISEK I-Regionalpartner ist zum Rücktritt von diesem Vertrag berechtigt, wenn
 - a. die Voraussetzungen für den Vertragsabschluss nachträglich weggefallen sind oder
 - b. der Abschluss dieses Vertrages durch Angaben zustande gekommen ist, die in wesentlicher Beziehung unrichtig oder unvollständig waren oder
 - c. der Kooperationspartner den in § 2 Absatz 1 - 6 und § 4 benannten Verpflichtungen nicht nachkommt.Dies gilt insbesondere für den Fall, dass eine ungenügende fachliche oder persönliche Eignung des vom Kooperationspartner eingesetzten Personals eintritt oder nachträglich erkennbar wird.
- (4) Im Fall des Rücktritts erfolgt die Rückabwicklung des Vertrages auf der Grundlage der dafür geltenden gesetzlichen Bestimmungen.
- (5) Erhebt ein Zuwendungsgeber gegenüber dem Maßnahmeträger Rückzahlungsforderungen, Zins- oder Erstattungsansprüche und liegt die Ursache des Erstattungsanspruchs beim Kooperationspartner, insbesondere in nicht rechtzeitiger oder unvollständiger Rechnungslegung, so ist dieser verpflichtet, dem Maßnahmeträger den daraus entstandenen Schaden zu ersetzen.
- (6) Rückzahlungen aus diesem Vertrag werden mit 5 % über dem jeweils geltenden Basiszinssatz gemäß § 247 BGB verzinst.

§ 9 - Gerichtsstand

Gerichtsstand für Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist ____ [*Sitz des Maßnahmeträgers*]_____.

§ 10 - Schlussbestimmungen

- (1) Mündliche Nebenabreden zu diesem Vertrag bestehen nicht. Sofern sich Änderungen in den Zuwendungsbescheiden an den Maßnahmeträger ergeben, die Auswirkungen auf den Vertragsinhalt haben, erklären sich die Vertragsparteien bereit, den Vertrag entsprechend anzupassen. Vertragsänderungen und -ergänzungen bedürfen der Schriftform.

- (2) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Die Vertragsparteien verpflichten sich, die unwirksamen Bestimmungen durch Bestimmungen zu ersetzen, die dem ursprünglich verfolgten Zweck im Rahmen des Programms INISEK I so nahe wie möglich kommen.

Maßnahmeträger

(Ort)_____, (Datum)_____

(Vorname, Name)

Kooperationspartner

(Ort)_____, (Datum)_____

(Vorname,

Name)